

Antrag

der Abgeordneten Dr. Carola Ensslen, Cansu Özdemir, Dr. Stephanie Rose, Sabine Boeddinghaus, Deniz Celik, Olga Fritzsche, Norbert Hackbusch, Stephan Jersch, Metin Kaya, David Stoop, Heike Sudmann, Insa Tietjen und Mehmet Yildiz (DIE LINKE)

Betr.: Keine Gewalt gegen FLINT-Personen – Beratungs-, Vernetzungs- und Schutzangebote gewährleisten!

Die Corona-Krise bringt Ausgangsbeschränkungen, Kontaktverminderungen und Homeoffice mit sich. Aktuell wurde für den November das öffentliche Leben wieder fast vollständig heruntergefahren. Für **F**(rauen)-**L**(esben)-**I**(nter)-**N**(ichtbinäre)-**T**(rans)-Personen, die ihre Sexualität und/oder Identität nicht frei ausleben können, fallen daher durch die erneute Schließung der Gastronomie und damit auch Treffpunkten der Community, Möglichkeiten zum Austausch ersatzlos weg. Es besteht die Gefahr, dass Einsamkeit und Depressionen zunehmen.

Zwar dürfen Schutzräume in Form von Freizeit- und Selbsthilfegruppen rechtlich gesehen grundsätzlich offenbleiben, allerdings zeigt die Realität, dass die Räumlichkeiten der Beratungsstellen und damit verbundenen Angebote häufig zu klein für Gruppentreffen sind. Sicherheits- und Hygienevorschriften können nicht umgesetzt werden. Der Wegfall von Angeboten ist die Folge. Online-Angebote können zwar weiterhelfen, aber das reale Miteinander nicht vollständig ersetzen.

So nötig diese Einschränkungen sein mögen, so sehr muss bedacht werden, dass das häusliche Umfeld insbesondere für FLINT-Personen auch eine sehr reale Gefahr darstellen kann. In häusliche Enge besteht das Risiko, dass Konflikte eskalieren. Gewalt an FLINT-Personen war in Deutschland schon vor der Krise hoch. Mit den Corona-Beschränkungen steigt die Gewalt weiter an. Darauf macht der diesjährige Hamburger Aufruf zum Internationalen Tag gegen Gewalt an Frauen aufmerksam. Aber natürlich gilt es, tagtäglich zu handeln!

Demgegenüber ist das Netz von Beratungs- und Zufluchtsangeboten seit Jahren unterfinanziert. Von der Umsetzung der Istanbul-Konvention ist Hamburg weit entfernt. In der Krise verschärft sich die Situation noch. Seit Beginn der Corona-Pandemie melden sich bei den Beratungsstellen deutlich mehr Menschen. Es entstehen Wartezeiten. Das ist gerade in Krisenzeiten nicht tragbar. Auch die Frauenhäuser befinden sich verstärkt im Krisenmodus mit einerseits mehr Hilfesuchenden und andererseits Hygieneauflagen, die die Platzzahl reduzieren.

Die Bürgerschaft möge beschließen:

Der Senat wird aufgefordert,

1. die Aufrechterhaltung von Beratungs- und Vernetzungsstrukturen – auch im Fall eines weiteren Lockdowns – sowie einen Ausbau der Beratung zu ermöglichen, indem die aktuellen Bedarfe der Träger erfragt und finanzielle Mittel bereitgestellt werden,

2. die Problematik hinreichend großer Räume für die Wahrung von Abstandsregeln in den Blick zu nehmen und hierfür Lösungen zu finden, sei es etwa durch finanzielle Unterstützung oder Bereitstellung von Räumen,
3. den Ausbau des Angebots von Online- oder Hybrid-Treffen und -Beratungen durch finanzielle Unterstützung für die Anschaffung der technischen Ausrüstung und für Support zu fördern, damit Personen mit einem erhöhten Risiko für einen schweren Verlauf von COVID-19 nicht ausgegrenzt werden,
4. sicherzustellen, dass FLINT-Personen, die von häuslicher Gewalt betroffen sind, Gewaltschutz und Krisen-Betreuung erhalten, dabei aber zugleich ein Corona-Schutzkonzept gewahrt werden kann.